

Offener Brief

Für eine verlässliche Schule unter Wahrung der Verhältnismäßigkeit Keine Schnelltests – Notwendigkeit eines Bildungsgipfels

Bundesministerium für Bildung und Forschung, Frau Ministerin Karliczek,
Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Frau Ministerin Giffey
Kinderkommission des Bundestages, Vorsitzende Frau Schneidewind-Hartnagel, Herr Müller
Staatsministerium, Herr Ministerpräsident Kretschmann
Kultusministerium, Frau Ministerin Eisenmann
Sozialministerium, Herr Minister Lucha
Friedrich-Schiller-Gymnasium (FSG), Schulleiter Herr Müller
Monitoring-Stelle zur UN-Kinderrechtskonvention, Vorsitzende Frau Kittel
Stuttgarter Zeitung/Stuttgarter Nachrichten Ludwigsburg, Marbacher Zeitung,
Redaktionsleiterin Frau Götz
Ludwigsburger Kreiszeitung, Redaktionsleitung

Sehr geehrte Damen und Herren,

jetzt ist es also soweit. Der Bundestag hat das neue Infektionsschutzgesetz beschlossen, der Bundesrat hat zugestimmt. 100, 150, 165. Diese Zahlen sollen in den kommenden Monaten unseren Alltag bestimmen. Und damit auch der unserer Kinder. Baden-Württemberg wird das Gesetz umsetzen.

Was wann wo sein darf, basiert damit lediglich auf der sogenannten Inzidenzzahl pro 100.000 EinwohnerInnen. In Sorge um die Verbreitung von Covid19 orientieren wir uns damit allein an diesem Faktor. Noch bis zuletzt haben namhafte WissenschaftlerInnen auch öffentlich dringend darum gebeten, die weiteren Schritte nicht nur davon abhängig zu machen. Vorletzte Woche erst hat z.B. Italien auf Basis von 12 Faktoren Schritte zur Öffnung in verschiedenen Regionen vorgelegt. Verfassungsrechtler haben schwere verfassungsrechtliche Bedenken oder sehen in dem neuen Gesetz verfassungswidrige Passagen. Mindestens eine Partei im Bundestag erwägt Verfassungsklage.

Die Notbremse soll es also in Deutschland richten, während in weiten Teilen Europas Öffnungsschritte angedacht sind. Öffnungsschritte, die die müden Gesellschaften dringen brauchen. Öffnungsschritte und Perspektiven.

Dr. Heribert Prantl, Jurist, ehemaliger Richter und Ressortleiter bei der Süddeutschen Zeitung brachte es am 18. April in einem Interview auf den Punkt: *„Das Infektionsschutzgesetz schränkt fast alle Grundrechte ein: die Bewegungsfreiheit, die Glaubens- und Religionsfreiheit, den Schutz der Familie, die Versammlungsfreiheit, die Vereinigungs- und Koalitionsfreiheit, die Freizügigkeit, die Berufs- und Berufsausübungsfreiheit, die Gewerbefreiheit, den Schutz des Eigentums etc. Sie sind kein Privileg. Sie sind kein 13. Monatsgehalt. Sie sind nicht etwas, was ich mir erst verdienen muss, auch nicht durch Impfung. Grundrechte hat jeder, weil er Mensch, weil er Bürger ist. Diese Grundrechte habe ich unabhängig davon, ob ich etwas Bestimmtes tue oder leiste. Die Grundrechte sind als Leuchtturm auch und gerade wegen solcher Notzeiten gemacht worden... Ich will mir die Grundrechte nicht wie ein Paket bei der Post gegen Vorlage eines Ausweises abholen müssen. Dieses Infektionsschutzgesetz liegt mir wie ein Stein im Magen, ich habe große Zweifel daran, dass der Rechtsstaat das verdauen kann.“*

Wie wir alle wissen, kämpfen ganze Branchen mit dem Aus.

Mit dem diesjährigen Weltgesundheitstag am 7. April startete die 8-monatige Kampagne „*Building a fairer, healthier world.*“ Gesundheit ist vielfältig, ganzheitlich. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) beschreibt Gesundheit daher folgerichtig als „*Zustand vollständigen geistigen und sozialen Wohlbefindens*“. Körperliche Gesundheit und psychisches Wohlbefinden gehören also zusammen. Ziel 3 der von den UN 2015 verabschiedeten 17 Sustainable Development Goals lautet: „*ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters gewährleisten und ihr Wohlergehen fördern.*“ Diese Ziele sind auch für Deutschland verpflichtend.

Indes: Seit mittlerweile über einem Jahr dreht sich der absolute Fokus um ein Virus in seinen unterschiedlichen Formen. Mit nachhaltigen Konsequenzen für die nächsten Jahrzehnte.

Und wir alle in Politik und Medien, Wissenschaft und Bildung, Kultur und Sport, Verwaltung und Verbänden, ArbeitnehmerInnen und ArbeitgeberInnen, Großeltern, Eltern, Kinder tragen unseren Teil dazu bei. Indem wir es mehr oder weniger stark akzeptieren. Mit allen gesellschaftlichen und rechtlichen Verwerfungen.

Wir, Eltern unserer Kinder am größten allgemeinbildenden Gymnasium in Deutschland, dem Friedrich-Schiller-Gymnasium (FSG) in Marbach, anerkennen den großen Einsatz, den alle Beteiligten am FSG in den letzten Monaten trotz der Vorgaben und Rahmenbedingungen geleistet haben, um Schule trotzdem gut zu ermöglichen.

Und heute stellen wir fest: Wir können nicht mehr. Nicht mehr zusehen und schweigen.

Am 9. September 2020 tagte die Kinderkommission des Deutschen Bundestages mit der ersten von mehreren Expertenanhörungen zum Kindeswohl in Corona-Zeiten. Die beiden Einzelsachverständigen Claudia Kittel (Leiterin der Monitoring-Stelle zur UN-Kinderrechtskonvention, Deutsches Institut für Menschenrechte) und Prof. Dr. Michael Klundt (Fachbereich Angewandte Humanwissenschaften, Hochschule Magdeburg-Stendal) stellten der Politik ein vernichtendes Zeugnis mit Bezug auf die auch in schwierigen Zeiten wie diesen geltende UN Kinderrechtskonvention aus. Denn das Kindeswohl und die Kinderrechte hatten demnach gesetzes- und völkerrechtswidrig in sechs Monaten zuvor keine Rolle gespielt. Eine aktive Teilhabe von Kindern und deren Vertretungen sei nicht oder nur sehr unzureichend vorgekommen. Den geladenen ExpertInnen zur Folge ein schwerer Eingriff in die Kinderfürsorge mit nachhaltigen und langfristigen Folgen. Mit rechtlichen, demokratischen und traumatischen Implikationen. Dieses Phänomen betreffe selbstverständlich gleichzeitig weite Teile der Welt.

Diese Anhörung hatte erstmalig in ihrer ganzen Vielfalt das Kindeswohl begutachtet. Seitdem mehren sich die kritischen Stimmen. Namhafte Kinderärzte, Psychologen und Virologen aus ganz Deutschland haben sich im April 2021 in einem dramatischen Appell an die Bundesregierung gewandt. Das Hin und Her beim Infektionsschutz dürfe nicht länger auf dem Rücken der Kinder ausgetragen werden. Das UN-Kinderhilfswerk UNICEF hat erst vor wenigen Tagen die Einberufung eines Gipfels zur Bewältigung der Folgen von „Corona“ für Kinder gefordert.

Im Herbst 2020 ging der Schulalltag wieder los in der Hoffnung auf ein halbwegs geregeltes Leben zur Förderung unserer Kinder. Innerhalb kürzester Zeit wurde aus der Freiwilligkeit, Masken zu tragen eine Maskenpflicht. Bis schließlich kurz vor Weihnachten alle Schulen in eine verlängerte Zwangspause geschickt wurden. Statt Öffnung im Januar ein Fernunterricht über Monate hinweg. Mit fatalen Folgen.

Die Schulschließungen zu Jahresbeginn haben bei Kindern und Jugendlichen einer Studie des renommierten Ifo-Instituts zufolge tiefe Spuren hinterlassen. Darüber berichteten am 20. April viele Medien: Im Schnitt gingen ihnen pro Tag mehr als drei Stunden Lernzeit verloren, wie eine Befragung durch das Münchner Forschungsinstitut zeigt. Statt 7,4 Stunden pro Tag lernten die Schüler nur noch 4,3 Stunden – das ist weniger Zeit, als sie mit Computerspielen, sozialen Netzwerken oder am Handy verbrachten. Die ForscherInnen stellen der Schulpolitik in ihrer Studie kein gutes Zeugnis aus – auch weil sie nur relativ geringe Verbesserungen zum ersten Lockdown feststellten. Trotz „langer Vorlaufzeit und nach eindringlichen Appellen von Eltern und Wissenschaft“ sei es nicht gelungen, eine angemessene Beschulung aller Kinder im Distanzunterricht sicherzustellen. Die Ergebnisse seien „ernüchternd“. „Besonders bedenklich ist, dass 23 Prozent der Kinder sich nicht mehr als zwei Stunden am Tag mit der Schule beschäftigt haben“, sagte der Leiter des Ifo-Zentrums für Bildungsökonomik, Ludger Wößmann. „Die Corona-Krise ist eine extreme Belastung für die Lernentwicklung und die soziale Situation vieler Kinder.“

Die Schere zwischen selbstbewussten und zurückhaltenden oder gar ängstlichen Kindern bzw. deren Eltern geht immer weiter auf. Die Notwendigkeit von Empathie, Körperkontakt für Kinder auch in Corona-Zeiten wird stiefmütterlich, ja fahrlässig behandelt.

Das können wir als Eltern und mit Blick auf unsere Kinder leider nur bestätigen.

Seit Monaten gibt es ein Hin und Her zu Fragen der Möglichkeiten und Notwendigkeiten eines geeigneten Präsenzunterrichts. Idealerweise gekoppelt an einen guten digitalen Unterricht und geeignete Belüftung.

Stattdessen: die Kopplung eines Präsenzunterrichts an die Zahlen 165 mit Schulschließungen und 100 mit Wechselunterricht. Aus freiwilligen Corona-Tests vor Ostern wurden ab 19. April verpflichtende Schnelltests. Tests, deren Sinnhaftigkeit, Verhältnismäßigkeit und Präzision vielfach angezweifelt werden. Mit vielfältigen Implikationen für alle Kinder.

1. Gesellschaftlicher Druck auf Kinder und deren Eltern. So ist aus Hessen bekannt, dass Gesundheitsämter mit dem Kindesentzug gedroht haben, sollte die Teilnahme an Tests verweigert werden. An unserer Schule wurde Kindern von Lehrern gedroht, sie sollen trotz Attest für Maskenbefreiung eine Maske aufsetzen. Die Kinder würden ja nicht wollen, dass ihre Eltern oder Großeltern erkranken oder sterben. Kindern drohen weitere negative Lerneffekte, wenn Eltern nun den Test für unverhältnismäßig halten. Und die Kinder entweder zuhause bleiben oder nur mit Testzwang wieder ihre MitschülerInnen treffen können.
2. Stigmatisierung wenn Kinder positiv getestet wurden. Obwohl der Test möglicherweise falsch-positiv war. Und obwohl der Test eben nicht bedeutet, dass ein Kind krank war. Im Schreiben des Kultusministeriums ist in diesem Kontext mehrfach von „Absonderung“ der Kinder die Rede. Sprache verrät vieles über den Zustand unserer Gesellschaft.

3. Jeder Selbsttest ist ein Medizinprodukt und kann entsprechende Nebenwirkungen haben. Bis heute ist nicht bekannt, welche dies sein könnten und welche möglicherweise allergenen Inhaltsstoffe die eingesetzten Tests haben. Obwohl in den Medien immer wieder berichtet wird, dass Selbsttests gefährliche Substanzen beinhalten können.
4. Fragwürdige Verhältnismäßigkeit: Es ist nicht nachvollziehbar, warum die Schnelltests (die bei positivem Ergebnis den sofortigen und befristeten Ausschluss zur Folge haben) zweimal wöchentlich für SchülerInnen verpflichtend sind. Für die ArbeitnehmerInnen hingegen sind die Tests nur freiwillig und können auch zu Hause durchgeführt werden.

Erst kürzlich erneuerte das Robert-Koch-Institut (RKI) seine Aussage, dass SchülerInnen als „Motor“ des Pandemiegeschehens keine Rolle spielen. Die Weltgesundheits-Organisation empfiehlt, Corona-Tests nicht zur Diagnose sondern nur in Verbindung mit Krankheitssymptomen einzusetzen. Außerdem lehnt der Bundesverband der Kinder- und Jugendärzte gemeinsam mit drei anderen medizinischen Fachorganisationen die Schnelltests ab, hauptsächlich weil die psychologischen Auswirkungen auf die Kinder unterschätzt würden. Die Ärzte warnen in ihrer Stellungnahme eindringlich vor einer „invaliden Testmethode“, wenn in Schulen Kinder ohne Krankheitssymptome getestet werden. Diese Aussage wird durch das „epidemische Bulletin“ des RKI vom 25. Februar 2021 mit konkreten Rechenbeispielen untermauert.

Die Tests geben keine Sicherheit. Im Gegenteil: Die massenhaft durchgeführten Tests an asymptomatischen, gesunden Menschen treiben zum einen zynisch-zuverlässig die „Inzidenz“-Werte nach oben, sie führen gleichzeitig ebenso zuverlässig zu noch größerer Verunsicherung. Von einer Gemeinschaft, die „Vielfalt und Individualität“ fördert, wie es beispielsweise im Leitbild des FSG in Marbach steht, ist nicht mehr viel übrig geblieben.

Und wofür? Maximal 2,5 Stunden Präsenzunterricht pro Tag an unserer Schule, zweimal die Woche unterbrochen durch die Schnelltestungen? Von zielgerichtetem, nachhaltigem Lernen kann dabei keine Rede mehr sein. Von psychischen und sozialen Folgen ganz zu schweigen.

Wir Eltern und unsere Kinder haben in den letzten Monaten viel gestemmt, viel ausgehalten. In und mit der Schule. In Kopplung mit unseren Arbeitsgewohnheiten und obwohl es immer weniger Möglichkeiten des Ausgleichs gibt. Immer weniger Freunde, immer weniger Kultur, immer weniger Sport. Etliche Kinder waren froh, endlich wieder ihre MitschülerInnen zu treffen.

Durch die Fokussierung auf die Inzidenzzahlen und die um sich greifenden Schnelltests bleibt jenseits aller obigen Fragestellungen die Planbarkeit auf der Strecke. Für alle Beteiligten. An einen adäquaten Unterricht für die meisten SchülerInnen ist aufgrund dieser Basis bis zu den Sommerferien weiter nicht zu denken.

Wir appellieren an Sie als Verantwortliche und einfach als Mensch, Verlässlichkeit, Verhältnismäßigkeit und Rechtmäßigkeit im Sinne der UN-Kinderrechtskonvention und des Grundgesetzes wieder sicherzustellen:

- grundsätzlich auf die Schnelltests zu verzichten
- den Fernunterricht auf bestmöglicher Breite bis zu den Sommerferien fortführen (mit Fortführung von Präsenz der Abschlussklassen)
- Begleitend dazu in manchen Fächern Präsenzunterricht u.a. im Freien und unabhängig der Inzidenzen zu ermöglichen. Dafür kann keinE SchülerIn abgewiesen werden.
- Bis Sommer umfänglich daran zu arbeiten, Schule als sicheren und verlässlichen Lernort im kommenden Schuljahr wieder herzustellen
- Endlich einen bundesweiten Bildungsgipfel einzuberufen, in dem alle ExpertInnen und Menschen guten Willens für die Bildung von morgen gehört werden

Eine verpflichtende Testung darf nicht Voraussetzung für Schulunterricht sein!

Wir danken für Ihre Mühen und Ihr Gehör.

Mit freundlichen Grüßen

Diana Layman und Roland Blach
Karin Wintterle und Peter Streiff
Antje und Klaus Weber
Nicole und Jürgen Arnold
Stefanie und Matthias Schiedeck
Katja Barth
Cordula Willi
Heike Lutz
Viktoria Mateljevic
Marina Nahm

Marbach am Neckar, 27. April 2021

Kontakt:

Roland Blach, 0177/2507286, rolblach@gmail.com
Peter Streiff, 0711/615562-17 (10.30 – 18 h), peter.streiff@netz-bund.de